

Das österreichische Wahljahr 2004

Filzmaier, Peter; Hajek, Peter

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Filzmaier, P., & Hajek, P. (2005). Das österreichische Wahljahr 2004. *SWS-Rundschau*, 45(1), 6-36. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-164725>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Das österreichische Wahljahr 2004

Peter Filzmaier (Klagenfurt)/ Peter Hajek (Wien)

2004 fanden in Österreich mehrere Wahlen statt, die einige machtpolitische Veränderungen ergaben. Der Beitrag befasst sich mit den Ergebnissen der Landtagswahlen in Kärnten, Salzburg und Vorarlberg, der Bundespräsidentenwahl und der Wahl zum Europäischen Parlament. Forschungsfragen sind die Veränderungen im Wahlverhalten, zentrale Wahlmotive, die Bedeutung der Parteien bzw. ihrer KandidatInnen und die Gründe der niedrigen Wahlbeteiligung. Schließlich werden das Phänomen der ehemaligen FPÖ-WählerInnen, der Erfolg der Liste Hans-Peter Martin sowie die Perspektiven für die einzelnen Parteien bzw. mögliche Koalitionsbildungen analysiert.

1. Einleitung

2004 fanden in Österreich drei Landtagswahlen, die Bundespräsidentenwahl, die Europaparlamentwahl sowie Kammerwahlen statt. Im Unterschied zu 2003 – die damaligen Landtagswahlen waren trotz erheblicher Stimmenverschiebungen von gesicherten und klaren Mehrheitsverhältnissen gekennzeichnet (Filzmaier 2004, 4–16) – brachten diese Wahlen großteils wichtige machtpolitische Veränderungen. Darüber hinaus hatten sie auch bundespolitische Implikationen für die inhaltliche Arbeit und strategische Planung der Regierungs- und Oppositionsparteien.

Der vorliegende Beitrag beschäftigt sich in chronologischer Reihenfolge mit den Ergebnissen und Auffälligkeiten folgender Wahlen: Den Landtagswahlen in Kärnten und Salzburg am 7. März 2004, der Bundespräsidentenwahl am 25. April, der »EU-Wahl« am 13. Juni und der Landtagswahl in Vorarlberg am 19. September 2004. Zentrale Fragestellungen sind:

1. Welche Auffälligkeiten bzw. welche soziodemographischen, regionalen und anderen Unterschiede und Veränderungen zeigen sich im Wahlverhalten der ÖsterreicherInnen?
2. Was waren zentrale Wahlmotive und inwiefern gibt es unabhängig von den jeweiligen Besonderheiten der einzelnen Wahlgänge 2004 entsprechende bundesweite Übereinstimmungen bzw. Kontinuitäten?
3. Wie ist insbesondere angesichts der zunehmenden Personalisierung der Politik die Bedeutung der Parteien bzw. ihrer KandidatInnen als Einflussfaktor für das Wahlverhalten zu beurteilen?
4. Welche Entwicklungen und Hintergründe weist die – stark unterschiedliche – Wahlbeteiligung auf und welchen Einfluss hat diese auf künftige Wahlen?

2. Wahlergebnisse im Vergleich und Indikatoren des Wahlverhaltens

2.1 Zusammenfassung der Ergebnisse

2.1.1 Die Landtagswahl in Kärnten 2004

Insgesamt 425.304 KärntnerInnen waren am 7. März 2004 wahlberechtigt. Die Wahlbeteiligung hatte bei der letzten Landtagswahl 1999 80,5 Prozent betragen und verringerte sich 2004 auf 78,1 Prozent (334.431 abgegebene und 328.699 gültige Stimmen).

Die FPÖ erzielte sowohl mit 42,4 Prozent der Stimmen als auch bezogen auf die absolute WählerInnenzahl ein im Vergleich zur Landtagswahl 1999 nahezu gleiches Ergebnis. Mathematische Wahlsieger waren zwar SPÖ und Grüne, realpolitisch ist aber neben den Grünen die FPÖ als Gewinner zu bezeichnen. Die SPÖ feierte einen Pyrrhussieg: Die vergebene Chance, den Landeshauptmann zu stellen, wog schwerer als der Stimmenzuwachs von 5,5 Prozentpunkten. Klarer Verlierer nach jeder Rechenmethode war die ÖVP mit einer Halbierung des Stimmen- und Mandatsstandes von 1999, der bis dahin einen historischen Tiefstwert dargestellt hatte (siehe dazu Tabelle 1).

Nach Wahlkreisen bzw. Wahlbezirken zeigte sich insbesondere die strategische Konzentration der Grünen auf die Stadt Klagenfurt mit insgesamt fast 13 Prozent der Stimmen und einem Gewinn von fast acht Prozentpunkten. Aufgrund des erreichten Ziels, mit einem Grundmandat in Klagenfurt den Einzug in den Landtag zu sichern, waren die sonstigen kleineren Gewinne irrelevant. Die FPÖ hielt landesweit ihr Ergebnis von 1999, sich ausgleichende Auffälligkeiten gab es lediglich in Villach-Stadt mit einem Verlust von 4,5 Prozentpunkten und in den kleineren Wahlbezirken Völkermarkt und Hermagor mit entsprechenden Gewinnen. Bei der SPÖ ragte im Umkehrschluss das Villacher Ergebnis mit einem Plus von fast neun Prozentpunkten heraus. Die ÖVP lag landesweit äußerst schlecht, besonders auffallend ist aber das Ergebnis in der Lan-

Tabelle 1: Ergebnis der Kärntner Landtagswahl 2004 im Vergleich

	Landtagswahl 2004			Landtagswahl 1999		
	Stimmen	Anteile in Prozent	Mandate	Stimmen	Anteile in Prozent	Mandate
FPÖ	139.479	42,4	16	139.778	42,1	16
SPÖ	126.325	38,4	14	109.228	32,9	12
ÖVP	38.256	11,7	4	68.940	20,7	8
Grüne ¹	22.053	6,7	2	–	–	–
KPÖ	1.951	0,6	–	1.359	0,4	–
Sonstige	635 ²	0,2	–	13.056	3,9	–

Quelle: Amt der Kärntner Landesregierung

¹ Die Grünen kandidierten 1999 bei der Kärntner Landtagswahl nicht als eigene Partei, sondern im Bündnis Demokratie 99 (3,9 Prozent).

² Einzige sonstige Partei war 2004 das Liberale Forum (LIF).

deshauptstadt Klagenfurt mit nur knapp über 10 Prozent der Stimmen bzw. 5.000 WählerInnen. Ein solcher Landtagswahl-Tiefstwert ist für die Bürgermeisterpartei einer Landeshauptstadt in der österreichischen Wahlgeschichte einmalig.

2.1.2 Die Landtagswahl in Salzburg 2004

In Salzburg gab es am 7. März 2004 365.589 Wahlberechtigte. Die Wahlbeteiligung betrug 77,3 Prozent (282.659 abgegebene und 276.192 gültige Stimmen). Gegenüber der Landtagswahl 1999 bedeutete das einen Anstieg um 3,2 Prozentpunkte.

Das Ergebnis dieser Wahl (siehe Tabelle 2) hat die politische Landschaft des Bundeslandes gründlich verändert: Die Sozialdemokraten gingen aus der Wahlauseinandersetzung mit deutlichem Abstand als Sieger hervor und wurden damit erstmals stärkste politische Kraft auf Landesebene. Die SPÖ erzielte einen Zuwachs gegenüber 1999 um 43.678 WählerInnenstimmen – ein Gewinn von 13,1 Prozentpunkten. Damit kann sich die SPÖ auf 125.382 WählerInnen stützen (45,4 Prozent aller gültigen Stimmen). Der SPÖ-Gewinn im Vergleich zu 1999 ist der größte Zuwachs einer Partei zwischen zwei Landtagswahlen in der Geschichte der Zweiten Republik.

Tabelle 2: Ergebnis der Salzburger Landtagswahl 2004 im Vergleich

	Landtagswahl 2004			Landtagswahl 1999		
	Stimmen	Anteile in Prozent	Mandate	Stimmen	Anteile in Prozent	Mandate
ÖVP	104.723	37,9	14	97.890	38,8	15
SPÖ	125.382	45,4	17	81.704	32,3	12
FPÖ	24.007	8,7	3	49.457	19,6	7
Grüne	22.080	8,0	2	13.610	5,4	2
Sonstige ¹				9.934	4,0	0

Quelle: Amt der Salzburger Landesregierung

¹ Sonstige: Liberales Forum (LIF) (3,7 Prozent) und CSUÖ (Christlich Soziale Union Österreichs) (0,3 Prozent).

Die ÖVP gewann mit 104.723 Stimmen zwar um 6.833 WählerInnen mehr als bei der Wahl 1999, blieb jedoch mit einem Anteil von 37,9 Prozent und einem Anteilsverlust von 0,9 Prozentpunkten deutlich hinter der SPÖ zurück. Die FPÖ musste sich aufgrund großer Verluste mit dem schlechtesten Ergebnis seit 1949 abfinden, vermochte aber ihren »angestammten« dritten Platz im Land gerade noch vor den Grünen zu halten, die im Vergleich zu 1999 Gewinne verbuchen konnten. Die Freiheitlichen kamen auf 24.007 WählerInnenstimmen bzw. 8,7 Prozent der gültigen Stimmen. Im Vergleich zu 1999 verloren sie somit 25.450 WählerInnen, wodurch sich ihr Stimmanteil um 10,9 Prozentpunkte mehr als halbierte. Die Grünen wurden von 22.080 SalzburgerInnen gewählt; das ergibt einen Anteil von 8,0 Prozent. Der Stimmenzuwachs um 8.470 WählerInnen entspricht einem Anteilsplus von 2,6 Prozentpunkten.

2.1.3 Die Bundespräsidentswahl 2004

Am 25. April 2004 gab es 6,030.982 Wahlberechtigte, von denen 71,6 Prozent von ihrem Stimmrecht Gebrauch machten. Das bedeutete 4,318.439 abgegebene Stimmen, davon waren 4,136.016 gültig und 182.423 ungültig. Der Wahlkampf war von einer stabilen Präferenz für Nationalratspräsident Heinz Fischer (Werte um 42 Prozent) und stark schwankenden Präferenzen für die damalige Außenministerin Benita Ferrero-Waldner geprägt, die Anteile der Unentschlossenen schwankten ebenfalls stark (SORA 2004). Mehrheitlich lag jedoch Heinz Fischer relativ klar voran. Am Wahltag stimmten schließlich 52,4 Prozent der WählerInnen für Fischer und 47,6 Prozent für Ferrero-Waldner.

2.1.4 Die EU-Wahl 2004

Am 13. Juni 2004 waren bei der EU-Wahl (Wahlen zum Europäischen Parlament in Österreich) 6,049.129 BürgerInnen wahlberechtigt. Abgegeben wurden 2,566.639 Stimmen, davon waren 2,500.610 gültig und 66.029 ungültig. Die Wahlbeteiligung betrug demzufolge lediglich 42,4 Prozent, für bundesweite Wahlen in Österreich der niedrigste jemals erreichte Wert. Gegenüber 1999 bedeutete das einen Rückgang von etwa sieben Prozentpunkten. Im Vergleich zur Bundespräsidentswahl am 25. April 2004 ergab sich eine um fast 30 Prozentpunkte geringere Beteiligung. Bei der Nationalratswahl im November 2002 war die Wahlbeteiligung fast doppelt so hoch gewesen.

Tabelle 3 fasst die Ergebnisse zusammen: Die SPÖ erhielt bundesweit 33,3 Prozent der Stimmen und sieben von 18 Mandaten. Die ÖVP kam auf 32,7 Prozent bzw. sechs Mandate, gefolgt von den Grünen mit 12,9 Prozent und zwei Mandaten. Die erstmals

Tabelle 3: Ergebnis der EU-Wahl in Österreich 2004 im Vergleich

	EU-Wahl 2004			EU-Wahl 1999		
	Stimmen	Anteile in Prozent	Mandate	Stimmen	Anteile in Prozent	Mandate
SPÖ	833.517	33,3	7	888.338	31,7	7
ÖVP	817.716	32,7	6	859.175	30,7	7
FPÖ	157.722	6,3	1	655.519	23,4	5
Grüne	322.429	12,9	2	260.273	9,3	2
Linke	19.530	0,8	–	–	–	–
Liste Hans-Peter Martin	349.696	14,0	2	–	–	–
Sonstige ¹	–	–	–	138.048	4,9	–

Quelle: Bundesministerium für Inneres, Abteilung III/6

¹ Sonstige: Liberales Forum (LIF) (2,7 Prozent), CSA (Christlich Soziale Allianz-Liste Karl Habsburg) (1,5 Prozent) und KPÖ (0,7 Prozent).

kandidierende Liste Dr. Hans-Peter Martin – für echte Kontrolle in Brüssel erreichte 14 Prozent der Stimmen und zwei Mandate. Martin war bei der EU-Wahl 1999 noch Spitzenkandidat der SPÖ gewesen. 2004 konzentrierte er seinen Wahlkampf auf die Kontrolle von Missständen im Europäischen Parlament bzw. in anderen Institutionen der Europäischen Union, und wurde von der Neuen Kronen-Zeitung (Österreichs auflagenstärkster Tageszeitung) stark unterstützt.

Schlusslicht der künftig im Europäischen Parlament vertretenen österreichischen Parteien war die FPÖ mit 6,3 Prozent. Das einzige Mandat der FPÖ erhielt nicht Spitzenkandidat Hans Kronberger, sondern der Listendritte Andreas Mölzer aufgrund von 21.980 persönlichen Vorzugsstimmen (13,9 Prozent der Parteistimmen). Die Opposition für ein solidarisches Europa – Europäische Linke, KPÖ, Unabhängige (»Linke Liste«) wählten 0,8 Prozent.

Im Vergleich zu 1999 bedeutete das für die SPÖ einen Gewinn von 1,6 Prozentpunkten. Die ÖVP erzielte Zugewinne von zwei Prozentpunkten. Die FPÖ verlor – als bislang größter Verlust einer Partei in bundesweiten Wahlen – 17,1 Prozentpunkte, die Grünen gewannen 3,6. SPÖ und Grüne konnten ihre Mandate von 1999 halten. Die ÖVP verlor einen von sieben Sitzen, die FPÖ vier von fünf Abgeordneten. Aufgrund der Erweiterung der Europäischen Union um zehn neue Mitgliedsländer im Mai 2004 und der damit verbundenen Verringerung der österreichischen Abgeordnetenzahl von 21 auf 18 ist eine solche Gegenüberstellung allerdings nur beschränkt zulässig. Die Listen Hans-Peter Martin und Linke hatten 1999 nicht kandidiert.

2.1.5 Die Landtagswahl in Vorarlberg 2004

In Vorarlberg gab es 242.509 Wahlberechtigte und nur 147.047 abgegebene bzw. 145.863 gültige Stimmen. Das entspricht einer Wahlbeteiligung von 60,6 Prozent und bedeutete im Vergleich zur Landtagswahl 1999 einen dramatischen Rückgang um 27,2 Prozentpunkte.

Tabelle 4: Ergebnis der Vorarlberger Landtagswahl 2004 im Vergleich

	Landtagswahl 2004			Landtagswahl 1999		
	Stimmen	Anteile in Prozent	Mandate	Stimmen	Anteile in Prozent	Mandate
ÖVP	80.112	54,9	21	87.542	45,8	18
SPÖ	24.609	16,9	6	24.844	13,0	11
FPÖ	18.881	12,9	5	52.444	27,4	5
Grüne	14.829	10,3	4	11.541	6,0	2
Sonstige ¹	7.432	5,0	–	14.729	7,9	–

Quelle: Amt der Vorarlberger Landesregierung

¹ Sonstige: Liberales Forum (LIF) (3,4 Prozent 1999), VAU-heute (VAU) (2,1 Prozent 2004 und 2,3 Prozent 1999), Frizz (1,9 Prozent 2004 und 1,2 Prozent 1999), LFB (Liste Freier Bürger) (0,9 Prozent 2004), NEU (0,9 Prozent 1999), Die Buntkarierten (DBK) (0,1 Prozent 2004) und Leuprecht (0,1 Prozent 1999).

Es gab drei Gewinner und einen großen Verlierer bei der Vorarlberger Landtagswahl (siehe Tabelle 4). Die ÖVP erreichte die absolute Mehrheit an Stimmen und Mandaten. 54,9 Prozent der Stimmen bedeuteten ein Plus von 9,1 Prozentpunkten im Vergleich zu 1999 sowie 21 von 36 Mandaten. Die SPÖ konnte die Freiheitlichen überholen, die Rekordverluste erlitten. Mit 16,9 Prozent (und sechs Mandaten) verfügten die Sozialdemokraten über beinahe vier Prozentpunkte Vorsprung auf die FPÖ, die auf knapp 13 Prozent bzw. fünf Mandate kam und gegenüber 1999 13,5 Prozentpunkte verlor. Die Grünen erhielten etwa 10 Prozent der Stimmen und ein viertes Mandat. Vier Kleinparteien, jeweils eine Plattform von lokal bekannten Einzelpersonen, erhielten in Summe über fünf Prozent der Stimmen, ohne aber letztlich jede für sich eine reelle Mandatschance zu haben. Aufgrund der Nicht-Kandidatur des Liberalen Forums waren die Bedeutung sonstiger Parteien und ihr möglicher Einfluss auf die Mandatsverteilung geringer als 1999.

2.2 Wahlverhalten nach soziodemographischen Kriterien

Die Nationalratswahl 2002 stellte einen markanten Bruch im Wahlverhalten der ÖsterreicherInnen dar. Bis dahin konnten seit den 90er-Jahren folgende Trends beobachtet werden (Hajek 2004):

1. Die beiden Traditionsparteien ÖVP und SPÖ waren insofern einem starken Überalterungsprozess ausgesetzt, als sie immer stärker von älteren WählerInnen gewählt wurden;
2. ArbeiterInnen und Selbständige/ FreiberuflerInnen tendierten stark zur FPÖ;
3. Männer und Frauen unterschieden sich in ihrem Wahlverhalten signifikant (*gender gap*): Männer wählten überproportional freiheitlich, Frauen überproportional sozialdemokratisch bzw. grün oder liberal;
4. Religiosität (ÖVP-WählerInnen) und Gewerkschaftsbindung (SPÖ-WählerInnen) waren die letzten verbliebenen soziodemographischen Konstanten im österreichischen Wahlverhalten.

Die Nationalratswahl 2002 stellte aufgrund der massiven Verluste der FPÖ (minus 16,9 Prozentpunkte) einerseits frühere parteipolitische Kräfteverhältnisse her, andererseits gab es in manchen Bereichen weitere beachtliche Verschiebungen (Plasser/ Ulram/ Seiber 2003): Die ÖVP erreichte bei Männern und den unter 30-jährigen WählerInnen die größte Zustimmung, was noch Ende der 90er-Jahre als unrealistisch abgetan worden wäre. Auch bei den BeamtInnen konnte sich die Volkspartei behaupten, obwohl diese Gruppe bis dahin eine Domäne der ehemaligen Kanzlerpartei SPÖ darstellte. Die Grünen wiederum stoppten ihren »Alterungsprozess« und konnten neuerlich mehr JungwählerInnen ansprechen.

2.2.1 Die Landtagswahlen in Kärnten, Salzburg und Vorarlberg 2004

Das vorliegende Datenmaterial lässt für die Landtagswahlen nur Schlussfolgerungen für das Wahlverhalten nach Geschlecht und Alter zu. In Kärnten (siehe Tabelle 5) hatten FPÖ und ÖVP zusammen sowohl bei den Männern (56 Prozent) als auch bei den Frauen (52 Prozent) eine Mehrheit, was überrascht. Die ÖVP verzeichnete einen deutli-

Tabelle 5: Ergebnis der Landtagswahl in Kärnten 2004 nach Geschlecht und Alter
(Anteile in Prozent)

	FPÖ	SPÖ	ÖVP	Grüne	Sonstige
Gesamt	42	38	12	7	1
Männer	46	37	10	5	2
Frauen	38	38	14	9	1
unter 30 Jahre	46	29	11	12	2
30 bis 49 Jahre	42	37	11	9	1
über 50 Jahre	39	42	14	4	1

Quelle: Repräsentativumfrage OGM-Politikforschung im Auftrag der Kleinen Zeitung Kärnten
(Feldarbeit Februar 2004, n = 800, Datengewichtung nach tatsächlichem Wahlergebnis)

chen Überhang unter Frauen, was trotz eines misslungenen Wahlkampfes auf die Spitzenkandidatin Elisabeth Scheucher zurückzuführen ist. Die Binnenstrukturen der WählerInnenschaften blieben hingegen unverändert: Die FPÖ wird nach wie vor überwiegend von Männern unterstützt, während die Grünen weiterhin mehrheitlich von Frauen gewählt werden, die SPÖ wird von Männern und Frauen etwa gleich stark unterstützt. Die Mitte-rechts-Parteien FPÖ und ÖVP erreichten in allen Altersschichten eine Mehrheit, die SPÖ erhielt nur bei den über 50-jährigen WählerInnen eine Unterstützung von über 40 Prozent. Bei den JungwählerInnen lagen die Grünen gleichauf mit der ÖVP.

Die Salzburger Landtagswahl (siehe Tabelle 6) bestätigte im Unterschied zu Kärnten den als *gender gap* beschriebenen Geschlechtertrend: Frauen wählten mit einer Mehrheit von 57 Prozent Parteien links der Mitte, während die Männer mit knapper Mehrheit für ÖVP und FPÖ votierten (51 Prozent). Die unter 30-Jährigen tendierten ebenfalls zu SPÖ und Grünen, bei den 30- bis 49-Jährigen verfehlte die SPÖ nur knapp

Tabelle 6: Ergebnis der Landtagswahl in Salzburg 2004 nach Geschlecht und Alter
(Anteile in Prozent)

	ÖVP	SPÖ	FPÖ	Grüne
Gesamt	38	45	9	8
Männer	40	42	11	7
Frauen	36	48	7	9
unter 30 Jahre	38	37	10	15
30 bis 49 Jahre	33	48	10	10
über 50 Jahre	43	46	7	7

Quelle: Repräsentativumfrage OGM-Politikforschung im Auftrag der APA (Feldarbeit Februar 2004, n = 600, Datengewichtung nach tatsächlichem Wahlergebnis)

eine absolute Mehrheit. Die älteren WählerInnenkohorten stimmten weiterhin vor allem für ÖVP und SPÖ, für sie war also weiter das »Traditionsmotiv« wichtig.

Das soziodemographische Wahlverhalten und das Wahlergebnis in Vorarlberg sind mehr als eindeutig (siehe Tabelle 7) und aufgrund der klaren parteipolitischen Mehrheitsverhältnisse nur bedingt vergleichbar. Die ÖVP konnte sich sowohl bei Männern und Frauen als auch in nahezu allen Altersschichten mit einer absoluten Mehrheit durchsetzen. Damit hatten logischerweise auch die beiden Mitte-rechts-Parteien gemeinsam in allen soziodemographischen Gruppen eine klare Mehrheit. Der erwartete *gender gap* zeigte sich insofern, als SPÖ und Grüne bei den Frauen einen Überhang von vier bzw. zwei Prozentpunkten hatten. Bemerkenswerterweise zogen die Grünen bei den Frauen mit der FPÖ gleich und waren nun bei den unter 30-Jährigen mit einem Anteil von 18 Prozent die zweitstärkste Partei.

Tabelle 7: Ergebnis der Landtagswahl in Vorarlberg 2004 nach Geschlecht und Alter (Anteile in Prozent)

	FPÖ	SPÖ	ÖVP	Grüne	Sonstige
Gesamt	55	13	17	10	5
Männer	55	16	15	9	5
Frauen	54	11	19	11	5
unter 30 Jahre	51	12	11	18	8
30 bis 49 Jahre	46	16	17	14	7
über 50 Jahre	65	10	20	2	3

Quelle: Repräsentativumfrage OGM-Politikforschung im Auftrag der APA (Feldarbeit August 2004, n = 400, Datengewichtung nach tatsächlichem Wahlergebnis)

2.2.2 Die Bundespräsidentswahl 2004

Die Bundespräsidentswahl eignet sich als Persönlichkeitswahl und weil nur zwei Parteien KandidatInnen nominierten bloß begrenzt für eine Untersuchung von Veränderungen im soziodemographischen Wahlverhalten. Drei Aspekte sind jedoch hervorzuheben (siehe Tabelle 8):

1. Benita Ferrero-Waldner gelang es entgegen den Erwartungen nicht, bei den weiblichen Wählern überproportional zu punkten. Ähnlich wie Elisabeth Scheucher bei der Kärntner Landtagswahl konnte sie den Frauenbonus nur ungenügend nutzen. Das könnte bedeuten, dass die von der ÖVP angestrebte Identifikation mit weiblicher Politik authentischer wirken muss.
2. JungwählerInnen haben mehrheitlich Ferrero-Waldner (vermutlich aufgrund des lebhafter bzw. »frischer« wirkenden Wahlkampfs) gewählt.
3. Jene, die sich zu ÖVP und FPÖ bekannten, wählten mit deutlicher Mehrheit die ÖVP-Kandidatin Ferrero-Waldner, AnhängerInnen von SPÖ und Grünen hingegen den SPÖ-Kandidaten Fischer.

Tabelle 8: Ergebnis der Bundespräsidentchaftswahl 2004 nach Geschlecht, Alter und Parteipräferenz (Anteile in Prozent)

	Heinz Fischer	Benita Ferrero-Waldner
Gesamt	52	48
Männer	55	45
Frauen	50	50
unter 30 Jahre	46	54
30 bis 49 Jahre	52	48
über 50 Jahre	53	47
ÖVP	14	86
SPÖ	89	11
FPÖ	26	74
Grüne	69	31

Quelle: Repräsentativumfrage OGM-Politikforschung im Auftrag des ORF (Feldarbeit am Wahltag, 25. April 2004, n = 900)

2.2.3 Die EU-Wahl 2004

Die EU-Wahl war stark durch das erstmalige Antreten der Liste von Hans-Peter Martin geprägt: Deren Wahlkampfthemen entsprachen bisherigen FPÖ-Themen, so dass wir diese Liste (im Folgenden HPM) als »rechtspopulistisch« einstufen können. Zählt man WählerInnen von ÖVP, FPÖ und HPM zum WählerInnenspektrum rechts der Mitte, jene von SPÖ, Grünen und Linker Liste zum Spektrum links der Mitte, ergibt sich folgendes soziodemographisches Wahlverhalten (siehe Tabelle 9):

Männer wählten entsprechend dem *gender gap* zu 55 Prozent Mitte-rechts-Parteien, während es bei den Frauen ein Kopf-an-Kopf-Ergebnis gab. Viel mehr überrascht das Wahlverhalten der jüngeren WählerInnenschichten, weil bei den unter 30-Jährigen ÖVP, FPÖ und HPM zusammen trotz der SPÖ- und Grün-Gewinne die erstaunliche Mehrheit von 54 Prozent erreichten. Hans-Peter Martin sprach zum Teil die ehemaligen JungwählerInnen der FPÖ an, die vielleicht nicht (mehr) zur Wahl gegangen wären, und konnte auch SPÖ-WählerInnen aller Altersklassen gewinnen. Die Grünen wiederum stiegen bei den 30- bis 49-Jährigen zur dritten Mittelpartei auf. Die HPM wurde mehrheitlich von Personen über 50 Jahren gewählt. Dies überrascht insofern, als die österreichische Wahlforschung bisher davon ausging, dass die älteren WählerInnengruppen noch stark traditionsgebunden ÖVP und SPÖ wählen. Doch auch in dieser Gruppe nimmt offensichtlich die Anzahl der WechselwählerInnen zu.

Das Wahlverhalten nach Berufsgruppen entspricht bei der EU-Wahl zwar dem traditionellen Bild, dennoch fallen interessante Veränderungen auf: Die Grünen wurden gemäß einem bereits mehrjährigen Trend sowohl bei den Angestellten und BeamtenInnen als auch bei den Selbständigen und FreiberuflerInnen zur drittstärksten Partei. Die Liste Hans-Peter Martin lief bei den ArbeiterInnen der FPÖ den Rang ab, und erreichte bei

den PensionistInnen sofort den dritten Platz. Dieses soziodemographische Wahlverhalten wird vermutlich kommende nationale Wahlkämpfe beeinflussen, weil es nicht ohne Folgen für die Positionierung der Grünen bleiben wird und vor allem für die SPÖ die Mehrheitsfindung äußerst schwierig gestalten kann.

Tabelle 9: Ergebnis der EU-Wahl in Österreich 2004 nach Geschlecht, Alter und Berufsgruppen (Anteile in Prozent)

	SPÖ	ÖVP	FPÖ	Grüne	Liste Hans-Peter Martin (HPM)	Linke
Gesamt	33	33	6	13	14	1
Männer	30	33	7	13	15	2
Frauen	36	33	4	13	13	1
unter 30 Jahre	29	36	10	16	8	1
30 bis 49 Jahre	27	31	6	21	13	1
über 50 Jahre	39	33	5	5	18	0
Selbständige/ FreiberuflerInnen	10	51	5	21	12	1
Angestellte	34	31	5	21	8	1
ArbeiterInnen	44	14	17	4	20	1
BeamtenInnen	28	31	6	18	16	1
PensionistInnen	41	34	5	3	16	1

Quelle: Repräsentativumfrage OGM-Politikforschung im Auftrag des ORF (Feldarbeit am Wahltag, 13. Juni 2004, n = 1.100)

Der Vergleich mit der EU-Wahl von 1999 zeigt eindeutig den wesentlich durch den eklatanten Rückfall der FPÖ im Jahr 2002 ausgelösten Bruch im Wahlverhalten. 1999 konnten ÖVP und FPÖ bei beiden Geschlechtern und bei den über 30-jährigen WählerInnen eine Mehrheit auf sich vereinen. Dies war ein untrügerischer Vorbote für die Nationalratswahl 1999 und die folgende Stimmenmehrheit für die späteren Regierungsparteien ÖVP und FPÖ. Mit der Regierungsbeteiligung der FPÖ (ab Februar 2000) und den innerparteilichen Auseinandersetzungen in der FPÖ im Jahr 2002 (Parteitreffen in Knittelfeld) veränderte sich jedoch das Bild: Diese Mehrheit ist (bei Andauern der »FPÖ-Misere«) durch Rückgewinne der SPÖ unter älteren WählerInnen und ArbeiterInnen gefährdet.

Zusammenfassend lassen sich folgende Schlussfolgerungen zum soziodemographischen Wahlverhalten der ÖsterreicherInnen im Jahr 2004 formulieren:

1. Der *gender gap* ist trotz des Kärntner Ausnahmefalles weiterhin gegeben: Männer tendieren eher nach rechts, Frauen eher nach links. Es bestätigte sich demzufolge die bereits bei der Nationalratswahl 2002 erkennbare Entwicklung, dass SPÖ und Grüne tendenziell Frauen-, ÖVP und FPÖ aber eher Männerparteien sind.

2. Es gibt zwar weiterhin ein – wenngleich sehr unterschiedlich ausgeprägtes – *generation voting*, wobei allerdings die älteren WählerInnen durchaus für neue Gruppierungen zu gewinnen sind (siehe EU-Wahl 2004). Jüngere WählerInnen neigen weiter eher zu großer Mobilität und Polarisierung.
3. Es findet zwar ein Rücklauf der ArbeiterInnen zur SPÖ statt, der aber nur vorübergehend sein könnte. Hans-Peter Martin hat bei der EU-Wahl die Brüchigkeit dieser Allianz aufgezeigt.

3. Parteiidentifikation und WählerInnenmobilität

3.1 Die Partei der NichtwählerInnen

Die Wahlgänge 2004 waren generell von einer sinkenden Wahlbeteiligung gekennzeichnet (siehe Tabelle 10). Nur auf den ersten Blick scheint sich ein dramatischer Einbruch der Partizipation auf Vorarlberg (um 27,2 Prozentpunkte) zu beschränken. In Vorarlberg war offensichtlich die Zufriedenheit mit der Landeshauptmannpartei ÖVP sehr hoch. Die Wahlalternativen waren schwach und so musste die ÖVP nur ihre Stammklientel mobilisieren, um die Wahl zu gewinnen.

Tabelle 10: Wahlbeteiligung in Österreich 2004 im Vergleich (Anteile in Prozent)

	Wahlbeteiligung 2004 (Veränderung in Prozentpunkten)		Vergleichsgröße (Wahljahr)
Landtagswahl Kärnten	78,1	(-2,4)	80,5 (1999)
Landtagswahl Salzburg	77,3	(+3,2)	74,1 (1999)
Bundespräsidentenschaftswahl	71,6	(-2,8)	74,4 (1998) bzw. 80,9 (1992)
EU-Wahl	42,4	(-7,0)	49,4 (1999)
Landtagswahl Vorarlberg	60,6	(-27,2)	87,8 (1999)

Quelle: Eigene Darstellung nach Angaben des Bundesministeriums für Inneres und der Landesregierungen

Die Wahlbeteiligung bei der EU-Wahl (minus 7,0 Prozentpunkte nach einem Einbruch von fast 20 Prozentpunkten 1996–1999) und bei der Salzburger Landtagswahl (plus 3,2 Prozent gegenüber 1999) muss allerdings vor dem Hintergrund von bereits 1999 sehr niedrigen Werten interpretiert werden. Der gemäßigte Rückgang der Wahlbeteiligung in Kärnten (minus 2,4 Prozentpunkte) stand weniger mit einem großen politischen Interesse in Zusammenhang als mit der starken Polarisierung rund um Landeshauptmann Jörg Haider. Die Kärntner Freiheitlichen schafften es, diese Wahl wie bereits 1999 als Richtungsentscheidung darzustellen.

Der Rückgang der Wahlbeteiligung bei der Bundespräsidentenschaftswahl auf rund 72 Prozent (minus 2,8 Prozentpunkte) täuscht in gewisser Weise, weil 1998 das Interesse aufgrund des Amtsinhaberstatus von Thomas Klestil und durch den Verzicht der SPÖ

auf einen Gegenkandidaten schon infolge mangelnder Spannungsmomente eher gering gewesen war. Im Vergleich zur letzten offenen Wahl (Kandidat ohne Amtsinhaberstatus bzw. Kandidaten beider »Traditionsparteien«) 1992 ergibt sich hingegen ein Rückgang um 9,3 Prozentpunkte. Bis 1986 hatte die Wahlbeteiligung noch stets fast 90 oder mehr Prozent betragen.

Eine ORF-Wahltagsbefragung (OGM 2004) erforschte für die Bundespräsidentenwahl Motive der NichtwählerInnen: Rund ein Drittel (29 Prozent) der Befragten gaben an, dass sie das Amt des Bundespräsidenten für überflüssig hielten; ein Viertel (25 Prozent) meinten, die beiden KandidatInnen Heinz Fischer und Benita Ferrero-Waldner seien ungeeignet für dieses Amt; ein Fünftel der NichtwählerInnen (20 Prozent) signalisierten politisches Desinteresse und 17 Prozent gaben an, persönlich verhindert gewesen zu sein.

Der/ die typische NichtwählerIn ist jung, mit formal niedrigem Bildungsgrad und im klassischen FPÖ-WählerInnensegment beheimatet (OGM 2004). Er oder sie ist enttäuscht von der Politik, hält keine Partei und keine KandidatInnen für attraktiv und/ oder ist der Meinung, dass die eigene Stimme keinen Einfluss hat. Hinzu kommt ein politisches Informationsdefizit. Das Sinken der Wahlbeteiligung ist am stärksten auf die Wahlenthaltung ehemaliger FPÖ-WählerInnen zurückzuführen, die sich mittlerweile im »Wartesaal der Politik« befinden. Diese WählerInnen können von allen Parteien – 2002 von der ÖVP, 2003/04 eher von der SPÖ, bei der EU-Wahl 2004 von der Liste Hans-Peter Martin – gewonnen werden (Filzmaier 2004, 7–9).

Mittlerweile zeigt sich eine Tendenz, dass die »Partei der NichtwählerInnen« zur zahlenmäßig stärksten Gruppe wird. Welche Erklärungsmuster gibt es dafür? Klaus Poier (2004, 94–97) führte in seiner Studie über die NichtwählerInnen fünf ausschlaggebende Faktoren an:

1. Politik dient nicht mehr primär dazu, die materielle Existenz der WählerInnen zu sichern: Die Funktion von Politik als Mittel zur Sicherung grundlegender Lebensbedürfnisse (Wohnung/ Arbeitsplatz, etc.) ist stark zurückgedrängt worden.
2. Die Bevölkerung registriert eine schwindende politische Problemlösungskompetenz: Die ÖsterreicherInnen waren bis in die 80er-Jahre gewohnt, dass PolitikerInnen (bzw. der Staat) wirtschaftliche und soziale Probleme lösen. Der entsprechende Einfluss der Politik ist aber zunehmend limitiert, was sich negativ auf die Einschätzung der politischen Klasse auswirkt.
3. Die Mediatisierung verstärkt die Entzauberung der Politik: Die Veränderung der Medienlandschaft in Österreich hat ambivalente Folgen: Einerseits gibt es so viele Informationen wie noch nie, andererseits ist damit eine oberflächliche und boulevardeske Sichtweise der Politik entstanden. PolitikerInnen sind nicht mehr unnahbare Wesen, ihre Arbeit wird genauer beobachtet, die Medienberichterstattung zielt aber meist auf Skandalisierung ab.
4. Die subjektiv empfundene BürgerInnenverantwortung hat nachgelassen: Poier führt an, dass das Bewusstsein von Bürgerpflichten – wie der Beteiligung an Wahlen – aufgrund von Individualisierung und einer zunehmend hedonistischen Lebenseinstellung abgenommen hat. Unserer Ansicht nach ist dieser Befund zum Teil

richtig, er lässt sich aber auch positiv formulieren: Die individuelle Selbstverantwortung ist gestiegen und die Demokratie gilt als Selbstverständlichkeit, die nicht mehr durch hohe Wahlbeteiligungen legitimiert werden muss.

5. Die (in den letzten Jahren endgültige und formelle) Abschaffung der Wahlpflicht wirkt auf einer unterbewussten Ebene. »Viele Bürger verstanden offensichtlich die Abschaffung der Wahlpflicht als ausdrückliches Signal, dass ihre *Mitarbeit* nicht mehr zwingend erforderlich sei« (Poier 2004, 96). Allerdings wurde die Nichterfüllung der Wahlpflicht bereits vor deren Abschaffung rechtlich nicht geahndet.

Bei der Analyse der NichtwählerInnen können wir uns 2004 gerade aufgrund des dramatischen Rückgangs der Wahlbeteiligung bei der EU-Wahl erstmals auf eine ausführliche Wahltagsbefragung stützen. Allgemein sind solche Befragungen deswegen problematisch, weil sich NichtwählerInnen nur selten deklarieren und daher selbst bei 30 oder mehr Prozent Wahlverweigerung nur eine kleine Stichprobe mit geringer Aussagekraft zustande kommt. So entpuppt sich der Anteil von fast 60 Prozent NichtwählerInnen bei der EU-Wahl als unschätzbarer Vorteil für die empirische Wahlforschung. Die Befragung vom 13. Juni 2004 (n = 1.100) brachte auf Basis gestützt abgefragter (vorgegebener) Motive folgende Ergebnisse:

1. Die Motive der NichtwählerInnen waren am stärksten geprägt durch die Enttäuschung über die Europäische Union (76 Prozent Zustimmung). Damit wurde vermutlich das Wahlkampfthema »Spesenritter und Korruption« verbunden.
2. In Verbindung mit dieser Enttäuschung ist auch die Bewertung des Parteien- und KandidatInnenangebots als wichtiges Motiv der NichtwählerInnen zu sehen (61 Prozent Zustimmung). Die ParlamentarierInnen werden auch als Teil des als korrupt angesehenen Systems der EU betrachtet.
3. Zu denken gibt die große Zustimmung (60 Prozent) zur Aussage »Meine Stimme hat keinen Einfluss auf das politische Geschehen«. Im Gegensatz zur möglicherweise vorübergehenden Enttäuschung verdeutlicht dieses Motiv – obwohl durch die Wahl von Hans-Peter Martin teilweise widerlegt – eine Tendenz, sich vom demokratischen System abzusetzen. Speziell ehemalige FPÖ-WählerInnen sind von dieser Einstellung und eventuell auch von politischem Desinteresse geprägt. »Politisches Desinteresse« rangiert aber als Motiv der NichtwählerInnen nur an vorletzter Stelle (39 Prozent Zustimmung).
4. Die persönliche Verhinderung steht mit 29 Prozent Zustimmung an letzter Stelle, was insofern überrascht, da man bisher eher davon ausging, dass befragte NichtwählerInnen am ehesten zu einer solchen »Ausrede« tendieren.

Poiers Thesen werden durch die Wahltagsbefragung im Bereich der vorhandenen Daten tendenziell bestätigt. Die mediale Entzauberung der PolitikerInnen war im Zusammenhang mit einer – zumindest oberflächlich – geringen Problemlösungskompetenz neben dem Korruptionsthema (NichtwählerInnenmotiv der Enttäuschung) bei der EU-Wahl ausschlaggebend. Der in den letzten Jahren erfolgte Anstieg der NichtwählerInnen in Österreich hängt darüber hinaus auch von Aufstieg und Fall der FPÖ ab. Viele WählerInnen, die in den 90er-Jahren den Freiheitlichen unter Jörg Haider vertraut hatten, wurden seit Februar 2000 von der Regierungsbeteiligung der FPÖ und von der

innerparteilichen Auseinandersetzung im Zuge des Knittelfelder Parteitreffens (September 2002) enttäuscht und flüchteten in das Lager der NichtwählerInnen. Dieser Trend ist von der Ebene der Gemeinderatswahlen bis zu jener der EU-Wahl zu beobachten.

3.2 Die WählerInnenströme

Nach Parteien ergibt sich in den kumulierten WählerInnenstromanalysen für die regionalen und nationalen Wahlgänge 2004 folgendes Bild (SORA 2004):

1. Die ÖVP erzielte, vom Sonderfall Kärnten abgesehen, keinen positiven Saldo im WählerInnenaustausch mit den anderen Parteien bzw. den NichtwählerInnen. Daraus folgt, dass die ungewöhnlich hohe Zahl von auf dem Markt frei verfügbaren Ex-FPÖ-WählerInnen meist nur noch ÖVP-Schwächen ausglich und kaum mehr Gewinne ermöglichte. Abgesehen von der Vorarlberger Landtagswahl litt die ÖVP im Wahljahr 2004 unter einer nicht mehr ausreichenden Mobilisierung.
2. Die SPÖ profitierte als konstanter Wahlsieger im Gegensatz zur ÖVP von einer vergleichsweise erfolgreicherer Mobilisierung der StammwählerInnen und entsprechend hohen Behalteraten: Sie konnte also einen Großteil jener Personen mobilisieren, die sie bereits bei der jeweils letzten Wahl gewählt hatten. Trotz beträchtlicher Gewinne von der FPÖ konnte sie ihr Potenzial im Bereich der WählerInnenströme aus anderen Parteien und aus der Gruppe der NichtwählerInnen keinesfalls ausschöpfen.
3. Die FPÖ setzte mit Ausnahme Kärntens ihre seit 2000 andauernde Wahlniederlagenserie fort. Im Unterschied zur Nationalratswahl 2002 fällt auf, dass sich die damalige WählerInnenwanderung zur ÖVP nicht wiederholte, sondern die meisten früheren FPÖ-WählerInnen zu NichtwählerInnen wurden. Es zeigte sich allerdings gleichzeitig eine Abwanderungstendenz zur SPÖ. Signifikante Rückgewinne zu Gunsten der Freiheitlichen scheinen kurz- und mittelfristig unrealistisch.
4. Die Grünen, die ähnlich wie die SPÖ bei allen Wahlen 2004 dazu gewannen, sehen sich mit einer langfristig problematischen Entwicklung konfrontiert, die weitere Zugewinne schwierig macht. Ihre Erfolge beruhten, wie etwa in Salzburg, einerseits auf der Abschöpfung ehemaliger LIF-WählerInnen und neuer Stimmen aus dem Lager der NichtwählerInnen. Andererseits resultierten sie aus einer sehr niedrigen Wahlbeteiligung (etwa EU-Wahl) bzw. aus einer für diese Partei untypisch hohen Behalterate. Der WählerInnenaustausch mit ÖVP und SPÖ war hingegen keinesfalls eindeutig positiv. Weil jedoch Ex-LIF-WählerInnen kein zweites Mal zu gewinnen sind, das Potenzial ehemaliger NichtwählerInnen limitiert ist und sich Extremfälle einer sinkenden Wahlbeteiligung wahrscheinlich nicht wiederholen werden, stellt sich die Frage nach dem künftigen Wachstumspotenzial der Grünen.

Im Folgenden werden die wichtigsten WählerInnenströme dargestellt.

3.2.1 Die Landtagswahl in Kärnten 2004

Die ÖVP verlor am meisten an die FPÖ, aber auch an SPÖ und Grüne. Weniger als 50 Prozent der ÖVP-WählerInnen von 1999 stimmten 2004 für die Kärntner Volkspartei.

Die FPÖ hingegen konnte ihre Verluste an die SPÖ und die NichtwählerInnen durch die Gewinne von der ÖVP nahezu ausgleichen. Die SPÖ mobilisierte ihre WählerInnen am stärksten (Behalterate 83 Prozent) und gewann die meisten NichtwählerInnen. Die Grünen hatten 1999 im Listenverband Demokratie 99 kandidiert, so dass kein direkter Vergleich möglich ist, doch wurden 60 Prozent der damaligen Stimmen gehalten. Zugewinne kamen vor allem von der ÖVP.

3.2.2 Die Landtagswahl in Salzburg 2004

Die Zugewinne der SPÖ kamen von allen Parteien, primär jedoch von der FPÖ. Mitentscheidend war, dass die SPÖ 95 Prozent ihrer WählerInnen von 1999 neuerlich für sich mobilisieren konnte. Die FPÖ konnte dagegen nur ein Drittel ihrer WählerInnen von 1999 gewinnen und verlor an die SPÖ mehr als doppelt so viel wie an die ÖVP. Dass die ÖVP nach absoluten Stimmen gewann und nach Prozentanteilen verlor, lag an der gestiegenen Wahlbeteiligung. Bei den Grünen fällt die geringe Behalterate von rund einem Viertel ihrer WählerInnen auf, was einerseits deutlichere Gewinne verhinderte und andererseits eine sehr ausgeprägte WählerInnenwanderung anzeigte. Diese ging vor allem in Richtung SPÖ und ÖVP, Zugewinne kamen primär von ehemaligen LIF-WählerInnen und NichtwählerInnen.

3.2.3 Die Bundespräsidentswahl 2004

Der Wahlsieg des SPÖ-Kandidaten Heinz Fischer beruhte vor allem auf der starken Mobilisierung von 83 Prozent der SPÖ-WählerInnen bei der Nationalratswahl 2002. Darüber hinaus gewann er jeweils rund 250.000 Stimmen von damaligen ÖVP- und Grün-WählerInnen.

Benita Ferrero-Waldner mobilisierte hingegen nur knapp 70 Prozent der ÖVP-WählerInnen von 2002. Etwa jede/r fünfte ÖVP-WählerIn ging nicht zur Wahl. Nur 115.000 der SPÖ-WählerInnen von 2002 und etwa 240.000 FPÖ-WählerInnen votierten für Benita Ferrero-Waldner: Sie bekam also weniger Stimmen von der FPÖ als Heinz Fischer von den Grünen.

3.2.4 Die EU-Wahl 2004

Auch bei der EU-Wahl 2004 verloren außer den Grünen alle Parteien, die 1999 kandidiert hatten, an die Gruppe der NichtwählerInnen. Die ÖVP profitierte primär von ihrer relativ hohen Behalterate von 80 Prozent, Gewinnen aus dem WählerInnenreservoir von FPÖ und dem nicht mehr antretenden Liberalen Forum. Die SPÖ bilanzierte im WählerInnenaustausch mit ÖVP, Grünen und insbesondere FPÖ leicht positiv, verlor jedoch massiv Stimmen an die Gruppe der NichtwählerInnen und die Liste Hans-Peter Martin.

Die massiven Verluste der FPÖ gingen in erster Linie an die NichtwählerInnen – 60 Prozent der WählerInnen, die 1999 die Freiheitlichen gewählt hatten –, in zweiter Linie an die Liste Hans-Peter Martin. Für diese votierten demnach insbesondere ehemalige FPÖ-WählerInnen (knapp ein Drittel aller Hans-Peter Martin-Stimmen) und frühere SPÖ-WählerInnen.

3.2.5 Die Landtagswahl in Vorarlberg 2004

Die WählerInnenströme bei der Vorarlberger Landtagswahl zeigten einerseits hohe Verluste sämtlicher Parteien, vor allem aber der FPÖ, an die NichtwählerInnen, und andererseits einen relativ geringen WählerInnenstimmen-Austausch zwischen den Parteien. ÖVP, SPÖ und Grüne verloren je ein Viertel ihrer WählerInnen von 1999 an die Wahlenthaltung, die FPÖ sogar mehr als die Hälfte. Die FPÖ verlor auch Stimmen an alle anderen Parteien. Die Grünen konnten als einzige Partei einen absoluten Stimmenzuwachs verzeichnen, weil die Zugewinne von anderen Parteien die Verluste an die NichtwählerInnen ausglich.

3.3 Die WechselwählerInnen

Eine zentrale Erkenntnis der Nationalratswahl 2002 war die starke Zunahme der WechselwählerInnen (Plasser/ Ulram/ Seeber 2003). Noch in den 70er-Jahren hatte Österreich im internationalen Vergleich zu jenen Ländern gezählt, welche die geringste WählerInnenfluktuation zwischen den Parteien aufwiesen. So hatten 1975 nur drei Prozent der WählerInnen die Partei gewechselt, bei der Nationalratswahl 2002 wählte aber jede/r Vierte eine andere Partei als 1999. Dies bedeutete den höchsten WechselwählerInnenanteil in der Geschichte der Zweiten Republik. Die starke Mobilität zeigte sich auch insofern, als etwa 20 Prozent der StammwählerInnen die Wahl einer anderen Partei (als jene, für die sie sich später entschieden) in Erwägung gezogen hatten.

Tabelle 11: Behalteraten der Parteien im Wahljahr 2004 (Anteile in Prozent)

	Landtagswahl Kärnten	Landtagswahl Salzburg	Bundespräsi- dentschaftswahl ¹	EU-Wahl	Landtagswahl Vorarlberg
ÖVP	46	84	74	80	73
SPÖ	83	95	78	76	67
FPÖ	73	33	–	16	28
Grüne	60	26	–	71	52
Sonstige	30	10	–	7	36
NichtwählerInnen	69	74	98	93	86

Quelle: SORA (Institute for Social Research and Analysis), verfügbar unter:
<http://www.sora.at/wahlen/wsa/>

¹ Vergleich der KandidatInnenwerte mit den Parteiergebnissen bei der Nationalratswahl 2002.

Für den hohen Anteil der WechselwählerInnen war vor allem die Implosion der FPÖ verantwortlich. Trotzdem erreichten 2002 ÖVP und SPÖ noch Behalteraten von jeweils etwa 95 Prozent, d. h. so viele WählerInnen von 1999 stimmten jeweils für dieselbe der beiden Parteien, und die Grünen hielten immerhin über 70 Prozent. Nicht nur Einbrüche in der Wahlbeteiligung führten hingegen 2004 dazu, dass die SPÖ lediglich in Salzburg und die ÖVP nirgendwo ähnlich hohe Behalteraten verzeichnen konnten. Für

ehemalige FPÖ-WählerInnen waren lediglich in Kärnten die Schleusen nicht vollkommen geöffnet, während die Grünen sehr unterschiedliche Behalteraten aufwiesen (siehe Tabelle 11).

Insgesamt fällt im Parteienvergleich für alle Wahlen 2004 auf, dass Behalteraten zu einem großen Unsicherheitsfaktor für die strategische Planung der Wahlkämpfe und Prognosen der Wahlforschung geworden sind. Die größte relative Stabilität wies die SPÖ auf, während bei der ÖVP das Kärntner Beispiel zeigt, dass sogar für Traditionsparteien mit gefestigten Strukturen extrem dramatische Einbrüche nicht auszuschließen sind. Häufiger wechselnde Mehrheiten auf regionaler und nationaler Ebene sind die logische Folge.

4. Wahlentscheidung und (Nicht-) Wahlmotive

4.1 Persönlichkeiten/Imagefaktoren versus Sachthemen

Die Fragestellung, ob in einem Wahlkampf eher Persönlichkeiten bzw. Imagefaktoren oder Sachthemen (*issues*) ausschlaggebend waren, ist meist nicht eindeutig zu klären. »Entscheidungsrelevante Beweggründe der Wähler und Wählerinnen sind realiter mehrdimensionale Motivbündel, die monokausale Erklärungen des Wahlverhaltens unmöglich machen. (...) Spitzenkandidaten betreiben nicht nur kameragerechtes *impression management* und persönliche Imageprofilierung, sondern repräsentieren und kommunizieren inhaltliche wie programmatische Positionen und prägen damit das öffentliche Erscheinungsbild wie die Attraktivität ihrer Partei« (Plasser/ Ulram/ Seeber 2003, 138).

Die Wahlkämpfe in den Bundesländern Salzburg, Vorarlberg und Kärnten waren überwiegend von Persönlichkeiten und ihren Imagefaktoren geprägt. In Salzburg kämpfte eine sich »bodenständig« gebende SPÖ-Spitzenkandidatin Gabriele (»Gabi«)

Tabelle 12: Wahlmotive nach Parteien, Landtagswahl in Kärnten 2004 (7. März 2004) (Anteile in Prozent)

Ran- king	FPÖ- WählerInnen	SPÖ- WählerInnen	ÖVP- WählerInnen	Grün- WählerInnen
1	Spitzenkandidat 50	Tradition 47	Tradition 46	Veränderung 50
2	Tradition 20	Arbeitsplatz- und Sozialpolitik 26	Wirtschafts- u. Arbeitsplatzpolitik 30	Protest gegen Bundesregierung 32
3	Partei vertritt Landesinteressen 18	Spitzenkandidat 15	Spitzenkandidatin 21	Umwelt 10
4	Einsatz für kleine Leute 16	Protest gegen Bundesregierung 13	Ablöse des Landeshauptmanns 9	Bundessprecherin 3
5	Linie gegen Bundesregierung 3	Ablöse des Landeshauptmanns 9	mehr »Ansehen« im Ausland 4	Spitzenkandidat 1

Quelle: Telefonische Gallup-Wahltagsbefragung (n = 500 Befragte).

Aufgrund der relativ kleinen Fallzahl bei den einzelnen Parteien stellen die Werte lediglich Tendenzen dar.

Burgstaller gegen den als »abgehoben« geltenden ÖVP-Landeshauptmann Franz Schausberger, der noch dazu seinen Rückzug aus der Landespolitik angekündigt hatte (siehe Kap. 4.2.1). In Vorarlberg konzentrierte sich ÖVP-Landeshauptmann Herbert Sausgruber, der die Images »alemannischer Kontinuität« und »Professionalität« verkörperte, mangels konkurrenzfähiger regionaler politischer GegnerInnen auf die Kritik an der Bundeshauptstadt Wien und an der Politik der Bundesregierung, um seine Persönlichkeitswerte zu verbessern.

In Kärnten (siehe Tabelle 12) kämpfte Jörg Haider mit dem Slogan »An Bessern krieg ma nimmer!« gegen Peter Ambrozy (SPÖ), dem das Image eines »farblosen Technokraten« zugeschrieben wurde. Für die FPÖ-WählerInnen war der Spitzenkandidat das wichtigste Wahlmotiv, ganz im Gegensatz zu den SPÖ-WählerInnen, bei denen Tradition an erster Stelle stand und nicht – wie man vermuten sollte – die Ablöse des Landeshauptmannes. Auch die restlichen ÖVP-WählerInnen waren Traditions- und StammwählerInnen. Die AnhängerInnen der Grünen wollten vor allem eine Veränderung im Land herbeiführen.

Der Kärntner und der Salzburger Landtagswahlkampf hatten eine starke Tendenz zum Imagewahlkampf. In beiden Ländern wurden klassische Sachthemen von der SpitzenkandidatInnenfrage und den damit verbundenen Imagewelten überlagert.

Nicht anders verhielt es sich im Bundespräsidentenwahlkampf als einziger Personenwahl auf Bundes- und Landesebene, wobei die WählerInnen das Amt eher weniger mit politischen Sachthemen in Verbindung bringen. Wichtig sind den ÖsterreicherInnen die gute Repräsentation des Landes im Ausland, Sympathie und Überparteilichkeit. Der/die BundespräsidentIn gilt als die moralische Instanz im Land. Insofern waren die ausschlaggebenden Wahlmotive für Heinz Fischer und Benita Ferrero-Wald-

Tabelle 13: Wahlmotive nach KandidatInnen, Bundespräsidentenwahl 2004
(Anteile in Prozent)

Gestützte Motivabfrage	Fischer	Ferrero-Waldner
Amtsverständnis	85	75
Persönlichkeit/Sympathie	81	79
Thema Neutralität	77	Nicht abgefragt
Frau in der Hofburg	–	53
PräsidentIn als Gegengewicht zur Regierung	64	Nicht abgefragt
Überparteilichkeit	62	44
Steht mir politisch näher	61	55
Ablehnung der/des anderen KandidatIn	52	45
Internationale Erfahrung	51	91

Quelle: Repräsentativumfrage OGM-Politikforschung im Auftrag des ORF
(Feldarbeit am Wahltag, 25. April 2004, n = 900)

ner eher sachbezogen. Allerdings gab es sowohl bei Fischer- als auch bei Ferrero-WählerInnen jeweils ein wichtiges Sachthema für ihre Wahlentscheidung (siehe Tabelle 13). »Neutralität« rangierte mit 77 Prozent Nennungen an dritter Stelle der Wahlmotive der Fischer-WählerInnen. Die »internationale Erfahrung« von Benita Ferrero-Waldner – im Zusammenhang mit konkreten Themen ein Sachthema, obwohl auch ein Imagefaktor – war für ihre WählerInnen mit 91 Prozent sogar das wichtigste Wahlmotiv. Zudem gab es ein weiteres wahlentscheidendes Motiv: Fischer wurde in viel größerem Maße Überparteilichkeit attestiert als Ferrero-Waldner.

Auch die Motive der Wahlentscheidung im EU-Wahlkampf 2004 (siehe Tabelle 14) lassen keinen eindeutigen Schluss zu, ob es sich dabei um ein eher personenbezogenes *image voting* oder um ein *issue voting* handelt. Ist nun die Kontrolle von Missständen mit Nennungen von 85 Prozent der Befragten ein Image- oder Sachthema? Auch das Thema EU-Beitritt der Türkei (54 Prozent Nennungen) ist nicht eindeutig klassifizierbar. Nahezu alle relevanten Wahlkampfthemen waren aber aufgrund ihrer konkreten Behandlung eher als imagebezogen einzuschätzen.

Interessant ist die Detailanalyse nach ParteiwählerInnen: Bei der Wahl fast aller Parteien standen »Kontrolle von Missständen« und »Partei X vertritt die Interessen Österreichs am besten« an erster und zweiter Stelle der Wahlmotive: Starke Unterschiede gab es aber bei drei anderen Motiven:

Tabelle 14: Wahlmotive nach Parteien, EU-Wahl 2004 (Anteile in Prozent)

Gestützte Motivabfrage	Gesamt	SPÖ	ÖVP	FPÖ	Grüne	Liste Hans-Peter Martin (HPM)
Kontrolle von Missständen	85	85	89	99	73	97
Partei vertritt die Interessen Österreichs am besten	78	83	86	84	70	73
Partei Europa-kritisch	60	60	38	75	58	79
Tradition	58	76	70	73	42	0
Partei Pro-Europa	54	59	70	32	63	28
Gegen EU-Beitritt der Türkei	54	52	56	63	34	76
Rolle der SPÖ bei EU-Sanktionen ¹	36	48	36	66	19	51
Protest gegen Bundesregierung	26	43	13	23	32	26
Josef Broukal-Aussage ²	24	18	29	48	15	34

¹ Der SPÖ wurde von den Regierungsparteien vorgeworfen, die so genannten Sanktionen der anderen 14 EU-Mitgliedstaaten gegen die österreichische Bundesregierung vom Februar 2000 mit initiiert zu haben.

² Der Abgeordnete Josef Broukal hatte in einer Parlamentsrede ÖVP und FPÖ unterstellt, der Zeit des Nationalsozialismus nachzutruern.

Quelle: Repräsentativumfrage OGM-Politikforschung im Auftrag des ORF
(Feldarbeit am Wahltag, 13. Juni 2004, n = 1.100)

1. das Wahlmotiv »Tradition« (58 Prozent der Nennungen insgesamt) war Hauptgrund für SPÖ-WählerInnen (76 Prozent);
2. das Wahlmotiv »Partei Pro-Europa« (54 Prozent) war für ÖVP- und Grün-WählerInnen überproportional wichtig (70 bzw. 63 Prozent);
3. das Wahlmotiv »Partei Europa-kritisch« (60 Prozent) dominierte unter WählerInnen der FPÖ und der Liste Hans-Peter Martin (HPM) (75 bzw. 79 Prozent).

Ein wenig überraschend ist die Pro-Europa-Einstellung der Grün-WählerInnen, weil diese in den 90er-Jahren zu den striktesten EU-GegnerInnen zählten. Mit dem Aufstieg zu einer Mittelpartei haben sich die österreichischen Grünen zu einer treibenden Kraft der europäischen Integration gewandelt – und mit ihnen offenbar auch ihre WählerInnen.

4.2 Personalisierung als Entscheidungsfaktor? Beurteilung von KandidatInnen

Die verstärkte Zuspitzung der Wahlkämpfe auf die SpitzenkandidatInnen wurde ungeachtet der Vermengung von Image- und Themenfaktoren im Wahljahr 2004 nachhaltig bestätigt. Nicht nur die Bundespräsidentenwahl als einzige Personenwahl, sondern auch die anderen Wahlen wurden klar vom Faktor SpitzenkandidatIn bestimmt.

4.2.1 SpitzenkandidatInnen bei den Landtagswahlen 2004

In Kärnten war die Ausgangslage im Dezember 2003 klar. Die FPÖ lag mit 30 Prozent Zustimmung in den Umfragen deutlich hinter den Kärntner Sozialdemokraten (Filzmaier/ Hajek 2004a). Die einzige Chance der Freiheitlichen bestand in der Fokussierung des Wahlkampfes auf Landeshauptmann Jörg Haider. Dieser verfügte in der Bevölkerung über einen deutlichen Rückhalt (65 Prozent nannten ihn als bestmöglichen Kandidaten), im Gegensatz sowohl zu seiner Partei als auch zu den anderen SpitzenkandidatInnen (siehe Tabelle 15). Die Kärntner ÖVP reagierte und veränderte zu Beginn des Wahlkampfes den ersten Listenplatz: Die Kärntner Nationalratsabgeordnete Elisabeth Scheucher ersetzte Georg Wurmitzer, der aber Parteiobmann blieb. Damit untergrub man aber schon zu Beginn die Autorität der neuen Spitzenkandidatin. Die SPÖ verließ sich auf ihren langjährigen Spitzenkandidaten Peter Ambrozy und die Strategie, dem Personenwahlkampf Jörg Haiders einen von der starken Parteiorganisation

Tabelle 15: Einschätzung der bestmöglichen SpitzenkandidatInnen im Kärntner Landtagswahlkampf nach Parteipräferenz (Dezember 2003)
(Anteile in Prozent)

	Gesamt Kärnten	FPÖ- PräferentInnen	SPÖ- PräferentInnen	ÖVP- PräferentInnen	Grün- PräferentInnen
Haider	65	88	66	51	55
Ambrozy	43	35	69	30	26
Scheucher	55	42	58	75	67
Holub	12	5	20	11	35

Quelle: Repräsentativumfrage OGM-Politikforschung im Auftrag der Kleinen Zeitung Kärnten (n = 500)

getragenen Teamwahlkampf gegenüberzustellen. Die Grünen wiederum hatten mit Rolf Holub einen schwachen Spitzenkandidaten, was aber durchaus in der Tradition der Grünen Landesparteien liegt. Diesmal versuchte man dem entgegenzuwirken, indem die Kärntnerin und stellvertretende Bundesparteichefin Eva Glawischnig stark in den Wahlkampf eingebunden und (allerdings an unwählbarer Stelle) auf der Landesliste platziert wurde.

Allein diese Entwicklungen im Vorwahlkampf belegen, wie wichtig aus Sicht der Parteien die strategischen Überlegungen zum Thema SpitzenkandidatInnen waren. Die ÖVP und auch die SPÖ hatten jedoch den Fehler gemacht, die SpitzenkandidatInnen bzw. Landeshauptmannfrage in den Mittelpunkt der Wahlauseinandersetzung zu stellen. Beide Parteien waren gegen eine Wiederwahl Jörg Haiders, auch für den Fall, dass die FPÖ stärkste Partei werden sollte. Vor allem 63 Prozent der möglichen ÖVP-WählerInnen lehnten dies strikt ab (siehe Tabelle 16), was de facto gleichbedeutend mit einer voraussichtlichen Wahl von Peter Ambrozy (SPÖ) war.

Tabelle 16: Meinungen zur Nicht-Wahl Jörg Haiders zum Landeshauptmann nach Parteipräferenz (Jänner 2004) (Anteile in Prozent)

	Gesamt Kärnten	FPÖ- PräferentInnen	SPÖ- PräferentInnen	ÖVP- PräferentInnen	Grün- PräferentInnen
Richtig	32	9	49	36	63
Falsch	62	89	45	63	33
Weiß nicht/ keine Angabe	6	2	6	1	4

Anmerkung: Die Fragestellung lautete: »Ist es eine richtige oder falsche Entscheidung, Jörg Haider nicht zum Landeshauptmann zu wählen, auch wenn die FPÖ stimmstärkste Partei werden sollte?«

Quelle: Repräsentativumfrage OGM-Politikforschung im Auftrag der Kleinen Zeitung Kärnten (n = 500)

So fiel es der FPÖ leicht, ihre einzige Trumpfkarte auszuspielen. Jörg Haider stellte mit dem Wahlslogan »An Bessern krieg ma nimma!« ganz offen den Führungsanspruch im Land und setzte sich damit schlussendlich auch durch. Im Gegensatz dazu lieferte die ÖVP ein Lehrbeispiel dafür, wie man die eigene Spitzenkandidatin nachhaltig beschädigt. Nachdem Elisabeth Scheucher in der WählerInnengunst gut gestartet war, bestätigte sie beim offiziellen Wahlkampfauftakt Anfang Februar 2004, Jörg Haider unter keinen Umständen zum Landeshauptmann wählen zu wollen und das, obwohl der anwesende Bundeskanzler und ihr Beratungstab davon abgeraten hatten. Die WählerInnen reagierten sofort: Der Sinkflug der ÖVP in den Umfragen begann und endete beim schlechtesten Wahlergebnis, das je eine ÖVP-Landesorganisation erzielte. In einer fiktiven Direktwahl des Landeshauptmanns lagen Haider bzw. Ambrozy und Scheucher in der Wahltagsbefragung nach starken Aufhol- bzw. Rückfallprozessen deutlich über dem Wert bzw. ziemlich genau auf dem Niveau ihrer Partei (siehe Tabelle 17). Bei hochgerechneten Werten auf 100 Prozent erreichten Haider 51 Prozent, Ambrozy 31 Prozent und Scheucher 17 Prozent.

Tabelle 17: Fiktive Direktwahl des Kärntner Landeshauptmanns im Zeitverlauf (Dezember 2003–März 2004) (Anteile in Prozent)

	Dezember 2003	Jänner 2004	Februar 2004	7. März 2004
Haider	34	35	39	43
Ambrozy	28	29	28	26
Scheucher	21	23	16	12
Holub	–	2	3	3

Quellen: bis Februar 2004 Repräsentativumfragen OGM-Politikforschung im Auftrag der Kleinen Zeitung Kärnten (n = 500, im Februar 2004 n = 800), für 7. März 2004 SORA-Wahltagsbefragung (n = 800)

Auch in Salzburg zeichnete sich bereits im Oktober 2003 ein Persönlichkeitswahlkampf ab. Der amtierende Landeshauptmann Franz Schausberger verfügte über sehr schlechte Umfragewerte in der Bevölkerung, ganz im Gegensatz zu seiner Herausforderin Gabriele Burgstaller (41 gegenüber 50 Punkten im APA/OGM-PolitikerInnen-Radar).

Analog zu Kärnten war die SpitzenkandidatInnenfrage letztlich wahlentscheidend, weil Schausberger ein wahltaktischer Fehler unterlief. Er kündigte in einem Alleingang im Jänner 2004 einen Wechsel an der Führungsspitze an: Sollte er wieder zum Landeshauptmann gewählt werden, werde er zur Halbzeit der Legislaturperiode zurücktreten und für seinen Nachfolger Wilfried Haslauer Platz machen. Wilfried Haslauer jun., der Sohn des früheren Salzburger Landeshauptmanns, war zu diesem Zeitpunkt weder allgemein politisch noch in der ÖVP-Salzburg engagiert und dementsprechend unbekannt. Das Signal Schausbergers war katastrophal. Er degradierte sich zu einem Landeshauptmann auf Abruf, gleichzeitig gab er seinem designierten Nachfolger keine Zeit zur Profilierung. Die SPÖ erkannte ihre Chance und stellte die sonst aufgrund des Amtsinhaberbonus riskante Frage nach der besseren Persönlichkeit als Landeshauptmann/-frau. Im Februar 2004 wies Burgstaller bereits um 15 Prozentpunkte bessere Vertrauenswerte als Schausberger auf (siehe Tabelle 18).

Tabelle 18: Vertrauensprofil von Gabriele Burgstaller und Franz Schausberger im Vergleich (Februar 2004) (Anteile in Prozent)

	Gesamt Salzburg	SPÖ-PräferentInnen	ÖVP-PräferentInnen	FPÖ-PräferentInnen	Grün-PräferentInnen
»Ich vertraue Gabriele Burgstaller«	73	89	60	70	81
»Ich vertraue Franz Schausberger«	58	34	81	41	38

Quelle: Repräsentativumfrage OGM-Politikforschung im Auftrag der APA (n = 400)

Die WählerInnen quittierten die Ankündigung Schausbergers mit einem massiven Vertrauensentzug von 18 Prozentpunkten (siehe Tabelle 19). Haslauer konnte im kurzen Zeitraum bis zum Wahltag am 7. März nicht genügend Vertrauen aufbauen.

Tabelle 19: Vertrauensindex der SpitzenkandidatInnen für die Salzburger Landtagswahl 2004 (Oktober 2003 – Februar 2004) (Indexwerte)

	Oktober 2003	Februar 2004 (Veränderung gegenüber Oktober 2003 in Prozentpunkten)
Burgstaller (SPÖ)	50	50 (0)
Schausberger (ÖVP)	41	23 (-18)
Schwaighofer (Grüne)	21	15 (-6)
Haslauer (ÖVP)	Nicht abgefragt	7
Schnell (FPÖ)	-47	-48 (-1)

Anmerkung: Der Vertrauensindex ist der Saldo aus »ich vertraue« und »ich vertraue nicht« im Hinblick auf die Einstellung gegenüber einem/ r PolitikerIn. Die Angabe erfolgt in Prozentwerten.

Quelle: Repräsentativumfrage OGM-Politikforschung im Auftrag der APA (n = 400)

Auch bei der Landtagswahl in Vorarlberg spielte die SpitzenkandidatInnenfrage eine Rolle. Aufgrund der klaren Mehrheitsverhältnisse und des überlegenen Amtsinhaberbonus für Landeshauptmann Sausgruber ist allerdings lediglich ein überregionaler Vergleich relevant. Mit einem Vertrauensindex von 61 verfügte Sausgruber im August 2004 über den höchsten Wert aller Landeshauptleute und ließ amtierende Landeshauptleute wie Josef Pühringer (59) oder Michael Häupl (48; November 2004) hinter sich. Die Vorarlberger SpitzenkandidatInnen Dieter Egger (FPÖ), Heike Sader (SPÖ) und Johannes Rauch (Grüne) waren mit Werten von 21, 11 bzw. 5 Punkten für Sausgruber keine Herausforderung (siehe Tabelle 20).

Keine/r der direkten KonkurrentInnen kam nur annähernd an den Landeshauptmann heran, was auch in der fiktiven Landeshauptmannfrage seinen Niederschlag fand. Sausgruber punktete auch bei den WählerInnen der anderen Landesparteien und rangierte dabei vor den jeweiligen SpitzenkandidatInnen. In einer fiktiven Direktwahl

Tabelle 20: Vertrauensindex der SpitzenkandidatInnen für die Vorarlberger Landtagswahl 2004 und fiktive Direktwahl des Landeshauptmanns (August 2004) (Indexwerte bzw. Anteile in Prozent)

	Vertrauens- index	Fiktive Direktwahl	ÖVP- _____	FPÖ- PräferentInnen _____	SPÖ- _____	Grün- _____
Sausgruber (ÖVP)	61	73	93	43	47	43
Egger (FPÖ)	21	4	3	38	1	0
Sader (SPÖ)	11	7	0	10	28	7
Rauch (Grüne)	5	3	0	0	3	20

Anmerkung: Der Vertrauensindex ist der Saldo aus »ich vertraue« und »ich vertraue nicht« im Hinblick auf die Einstellung gegenüber einem/r PolitikerIn. Die Angabe erfolgt in Prozentwerten.

Quelle: Repräsentativumfragen OGM-Politikforschung im Auftrag der APA (n = 600)

des Landeshauptmanns hätte der ÖVP-Kandidat eine Dreiviertelmehrheit erreichen können. Beachtenswerte 71 Prozent all jener, die Sausgruber direkt wählen würden, stimmten auch für die ÖVP.

4.2.2 SpitzenkandidatInnen bei der EU-Wahl 2004

Auch die EU-Wahl in Österreich im Juni 2004 war von einzelnen PolitikerInnenpersönlichkeiten beeinflusst: Dies galt nicht nur für Hans-Peter Martin, der mit einer eigenen Liste antrat, sondern auch für Andreas Mölzer (FPÖ), der den eigentlichen FPÖ-Spitzenkandidaten Hans Kronberger mittels Vorzugstimmenwahlkampf vom ersten Listenplatz verdrängte.

Hans-Peter Martin schaffte es, seine Person mit einem Thema zu verknüpfen: Der Kontrolle von Missständen bzw. dem Missbrauch von Spesengeldern. Er mobilisierte als Spitzenkandidat die meisten WählerInnen (für 66 Prozent seiner AnhängerInnen war er als Person besonders wichtig). Es folgten Ursula Stenzel für die ÖVP (49 Prozent), die FPÖ-Kandidaten Kronberger und Mölzer (32 bzw. 13 Prozent), Johannes Voggenhuber für die Grünen (36 Prozent) und an letzter Stelle SPÖ-Kandidat Hannes Swoboda (32 Prozent) (siehe Tabelle 21).

Tabelle 21: Bedeutung der SpitzenkandidatInnen für die Wahl der eigenen Partei bei der EU-Wahl 2004 (Juni 2004) (Anteile in Prozent)

	Swoboda (SPÖ)	Stenzel (ÖVP)	Kronberger (FPÖ)	Mölzer (FPÖ)	Voggenhuber (Grüne)	Martin (HPM)
Wichtig	32	49	32	13	36	66
Weniger wichtig	68	51	68	87	64	34

Quelle: Repräsentativumfrage OGM-Politikforschung am Wahltag 13. Juni im Auftrag des ORF (n = 1.100)

Tabelle 22: Vertrauensindex der SpitzenkandidatInnen für die EU-Wahl 2004 (Mai 2004) (Indexwerte)

	Vertrauensindex
Stenzel (ÖVP)	25
Voggenhuber (Grüne)	13
Swoboda (SPÖ)	9
Martin (HPM)	4
Kronberger (FPÖ)	-1

Anmerkung: Der Vertrauensindex ist der Saldo aus »ich vertraue« und »ich vertraue nicht« im Hinblick auf die Einstellung gegenüber einem/r PolitikerIn. Die Angabe erfolgt in Prozentwerten.

Quelle: Repräsentativumfrage OGM-Politikforschung im Auftrag der APA (n = 500)

Es ist eine Ironie der Geschichte, dass Hans-Peter Martin bereits bei der EU-Wahl 1999 als Spitzenkandidat für die SPÖ antrat. Seine damaligen Werte lagen weit unter jenen des Jahres 2002. 1999 war Ursula Stenzel die bestimmende Spitzenkandidatin. Sie konnte ihre Persönlichkeitswerte zwar ebenso wie Johannes Voggenhuber bei den Grünen halten, wurde aber von Hans-Peter Martin überholt.

Paradoxerweise verfügte dieser nur über äußerst geringe Vertrauenswerte (vier Punkte im Vertrauensindex), und wurde diesbezüglich nur vom FPÖ-Spitzenkandidaten Hans Kronberger untertroffen. Der Vertrauensindex bestätigte hingegen deutlich die ungenügenden Persönlichkeitswerte für Hannes Swoboda (siehe Tabelle 22). Im Vergleich zu den SpitzenkandidatInnen bei den Landtagswahlen fallen die generell schlechten Werte für alle SpitzenkandidatInnen bei der EU-Wahl auf.

5. Bundesweite Analysen und Perspektiven

Angesichts der Wahlergebnisse 2004 stellen sich drei Schlüsselfragen:

1. Was passiert mit den sich seit spätestens 2002 auf Wanderschaft befindlichen ehemaligen FPÖ-WählerInnen und was bedeutet das für die österreichische (partei-) politische Landschaft?
2. Sind Gründung und Erfolg der Liste Hans-Peter Martin bei der EU-Wahl durch eine Ausnahmesituation bedingt oder stellen sie ein Musterbeispiel für künftige alternative Parteigründungen dar?
3. Welche Perspektiven bestehen für die einzelnen Parteien? Welche möglichen Mehrheitskoalitionen rechts bzw. links der Mitte (ÖVP/FPÖ bzw. SPÖ/Grüne), aber auch jenseits des klassischen Links-Rechts-Schemas (d. h. ÖVP/Grüne bzw. SPÖ/FPÖ) ergeben sich daraus für Nationalratswahlen?

5.1 *Das Vakuum FPÖ und seine Folgen*

Die FPÖ spürt noch immer die Nachbeben des Parteitreffens von Knittelfeld (September 2002), wo sowohl die eigene Regierungsbeteiligung angegriffen als auch die eigene Parteiführung massiv in Frage gestellt wurde. Daraus resultierte schließlich die Entscheidung der ÖVP für Neuwahlen zum Nationalrat, die für die FPÖ im November 2002 mit schweren Verlusten endeten. Allerdings verloren die Freiheitlichen bereits seit ihrem Regierungseintritt im Februar 2000 in allen Wahlen mit Ausnahme der Kärntner Landtagswahl 2004 bis zu 17 Prozentpunkte ihres jeweiligen Stimmenanteils (siehe Tabelle 23).

Es ist keinesfalls ausschließlich so, dass ehemalige FPÖ-WählerInnen zu von der Partei vielleicht nur vorübergehend enttäuschten NichtwählerInnen wurden, die durch eine Konsolidierungsphase wieder gewonnen werden könnten.

Bei der EU-Wahl behaupteten beispielsweise nach den Rohdaten nur 10 Prozent der NichtwählerInnen, bei kommenden Nationalratswahlen für die FPÖ votieren zu wollen (OGM 2004). Das liegt zwar über dem Wahlergebnis der FPÖ bei der EU-Wahl von 6 Prozent, bedeutet aber keinerlei Verbesserung gegenüber der Nationalratswahl 2002.

Tabelle 23: Verluste der FPÖ bei Wahlen 2000–2004 (im Vergleich zur jeweils vorhergehenden Wahl) (Anteile in Prozent)

	FPÖ- Wahlergebnis	FPÖ-Ausgangs- situation (Jahr)	Differenz in Prozentpunkten
Landtagswahl Vorarlberg 2004	13,0	27,5 (1999)	-14,5
EU-Wahl 2004	6,3	23,4 (1999)	-17,1
Landtagswahl Kärnten 2004	42,4	42,1 (1999)	+0,3
Landtagswahl Salzburg 2004	8,7	19,6 (1999)	-10,9
Landtagswahl Oberösterreich 2003	8,4	20,6 (1997)	-12,2
Landtagswahl Tirol 2003	8,0	19,7 (1999)	-11,7
Landtagswahl Niederösterreich 2003	4,5	16,1 (1998)	-11,6
Nationalratswahl 2002	10,0	26,9 (1999)	-16,9
Landtagswahl Wien 2001	20,2	27,9 (1996)	-7,7
Landtagswahl Burgenland 2000	12,7	14,6 (1996)	-1,9
Landtagswahl Steiermark 2000	12,4	17,2 (1995)	-4,8

Quelle: Eigene Darstellung

Offensichtlich ist die FPÖ derzeit nicht mehr in der Lage, Protestpotenzial zu mobilisieren. Musterbeispiel war die EU-Wahl, als die Freiheitlichen ungewollt Wahlhilfe für Hans-Peter Martin leisteten. Sie initiierten einen Negativwahlkampf, der Konfliktthemen vorgab – und letztlich nicht der Regierungspartei FPÖ, sondern der Protestliste Hans-Peter Martin Stimmen brachte. Die Regeneration der Partei nach ihrer Implosion 2002 bleibt demzufolge auf die Kärntner Landtagswahl beschränkt; werden Protesthaltungen aggressiv angesprochen, kommt dies anderen (oppositionellen) Listen wie Hans-Peter Martin zugute.

Bis zur Nationalratswahl 2006 – und insbesondere bis zu den Landtagswahlen im Burgenland, in der Steiermark und in Wien 2005/06 – ist daher vermutlich mit weiteren Verlusten der FPÖ zu rechnen, so dass auf dem WählerInnenmarkt eine große Stimmenzahl frei verfügbar wird. Daraus folgen voraussichtlich:

1. eine weiterhin sinkende Wahlbeteiligung;
2. für ÖVP oder SPÖ die Option auf außergewöhnlich hohe Zuwächse (siehe für die ÖVP die Nationalratswahl 2002 und für die SPÖ die Salzburger Landtagswahl 2004);
3. ein Vakuum, in das neue Parteien eindringen können, um Mandatsstärke zu erreichen;
4. je nach Ausprägung der beiden letztgenannten Punkte die zunehmende mathematische Unmöglichkeit von Mehrheitskoalitionen einer Partei mit der FPÖ.

5.2 Die Hans-Peter Martin-Partei: Seifenblase oder Zukunftsprojekt?

Die FPÖ verlor bei der EU-Wahl 15 Prozent ihrer WählerInnen an die Liste Hans-Peter Martin, die neben diesen ca. 100.000 Stimmen am meisten von der SPÖ (81.000), von den NichtwählerInnen (65.000) und von der ÖVP (54.000) gewann (SORA 2004). Weil die FPÖ aber insgesamt über 400.000 Stimmen bzw. 60 Prozent ihrer AnhängerInnen an die NichtwählerInnen verlor, ist offensichtlich, dass das Rekordtief der Wahlbeteiligung zentral für den Erfolg der Liste Hans-Peter Martin war. Dazu kamen zwei weitere Schlüsselfaktoren (Filzmaier 2005a):

1. Die Neue Kronen-Zeitung als Unterstützerin der Liste Hans-Peter Martin bewies ihre Kompetenz, Stimmungslagen und vor allem Protestmeinungen der Bevölkerung aufzuspüren, aufzugreifen und zu kanalisieren. Etwa drei Viertel der Hans-Peter Martin-WählerInnen waren LeserInnen der Neuen Kronen-Zeitung (Plasser/ Ulram 2004), während diese im Bevölkerungsdurchschnitt 40 Prozent Reichweite hat.

2. Aus folgenden unterschiedlichen Gründen gab es für eine Protestliste vorteilhafte Negativeinstellungen gegenüber der EU:

- die »EU-Sanktionen« (d.h. Maßnahmen der 14 Regierungen der Mitgliedstaaten gegen die österreichische Bundesregierung nach dem Regierungseintritt der FPÖ im Februar 2000);
- Missstände in der Verwaltung des Europaparlaments (»Spesenthema«);
- die Auseinandersetzung mit Tschechien über das Atomkraftwerk in Temelin und die Beneš-Dekrete;
- die mehr als Gefahr denn als Chance wahrgenommene EU-Osterweiterung;
- die gescheiterten Verhandlungen über einen neuen Transitvertrag;
- der de facto für obsolet erklärte EU-Budget-Stabilitätspakt;
- die im ersten Anlauf gescheiterte Europäische Verfassung;
- die Debatte über einen türkischen EU-Beitritt.

Nur mehr knapp die Hälfte der ÖsterreicherInnen sahen im März 2004 in der EU-Mitgliedschaft überwiegend Vorteile, über 40 Prozent orteten bereits ausschließlich Nachteile (OGM 2004).

Die entscheidende Fragestellung lautet daher: Inwiefern sind für eine Hans-Peter Martin-Partei bei künftigen Landtags- und Nationalratswahlen folgende ähnlich idealtypische Rahmenbedingungen gegeben?

1. niedrige Wahlbeteiligung und/oder viele auf dem WählerInnenmarkt frei verfügbare Stimmen;
2. massive mediale Unterstützung;
3. ein großes Protestpotenzial.

Zunächst liegt es nahe, zumindest ein vergleichbares Ausmaß derart günstiger Umstände zu verneinen, weil:

1. bei allen anderen Wahlen auf Landes- und Bundesebene im Jahr 2004 die Beteiligung fast 20 oder deutlich mehr Prozentpunkte höher war, und FPÖ-AbwanderInnen mittel- und langfristig eine neue politische Heimat oder wenigstens andere Andockpunkte finden;

2. sich die Neue Kronen-Zeitung in einem Führungs- und Richtungsstreit befindet, was in Verbindung mit einer zunehmenden Differenzierung des Printmedienmarktes ihre Mobilisierungskraft schwächt;
3. sich wahlkampfataugliche Konflikt- und Protestthemen zwar durchaus ergeben, aber nicht unbedingt vorausgesetzt werden können.

Trotzdem scheint es nicht unmöglich, dass in Zukunft zunehmend monothematische (Klein-) Parteien in ein »politisches Vakuum« vorstoßen, das offensichtlich unabhängig von der EU-Wahl und Hans-Peter Martin existiert. Beispiele dafür sind die KPÖ in Graz, Spekulationen über die Kandidatur einer eigenen Liste des ehemaligen ÖVP-Landesrates Hirschmann in der Steiermark, die diskutierte Bewerbung des damaligen Rechnungshofpräsidenten Franz Fiedlers für das Amt des Bundespräsidenten, Kleinparteien in Vorarlberg sowie Überlegungen ehemaliger FPÖ-MandatarInnen, eine eigene Partei zu gründen. In Wien hat zwar die SPÖ gegenwärtig eine starke Spitzenposition, eklatante Schwächen von ÖVP und FPÖ lassen aber Platz für neue oppositionelle Gruppen.

Die Wahlbeteiligung ist zuletzt in Vorarlberg auf etwa 60 Prozent gesunken, für die Wiener Landtagswahl 2005/06 ist ein ähnlicher Wert möglich und auch bei der kommenden Nationalratswahl scheint eine sinkende Beteiligung realistisch. Ist dies in großem Ausmaß der Fall, sind die NutznießerInnen kaum kalkulierbar. Selbst wenn die Mobilisierungskraft der Neuen Kronen-Zeitung abnimmt, könnte die Folgeberichterstattung anderer Printmedien neuen Parteien den Einzug in die Parlamente ermöglichen, die emotionale und thematische Leerräume füllen. Damit würden sich unabhängig von der tatsächlichen Mandatszahl zumindest die Koalitionsoptionen dramatisch verändern.

Schließlich geht es bei einer möglichen Mobilisierung nicht um »Skandale« mit objektiver Relevanz, sondern lediglich um medientaugliche Protestthemen, an deren Existenz kaum Zweifel bestehen bzw. die auch inszeniert werden können. KritikerInnen der politischen Zustände bleiben am Wahltag häufig zu Hause: Wer aus dieser Gruppe trotzdem zur Wahl geht, stimmt überdurchschnittlich häufig für Protestparteien und gegen das etablierte Parteiensystem.

5.3 Zukunftsperspektiven

Analog zu internationalen Entwicklungen bestätigte sich 2004 bei den Wahlen auf Bundesebene sowie bei den Landtagswahlen in Salzburg und Vorarlberg ein langjähriger Trend: Ziemlich konstant entscheiden sich über drei Viertel der WählerInnen mehr als drei Wochen vor dem Wahltag für ihre Partei. Zugleich führt aber die sinkende Wahlbeteiligung zu einer erhöhten Mobilisierung zwei bis drei Wochen vor der Wahl. Immerhin 5–10 Prozent entscheiden sich erst wenige Tage vor der Wahl oder gar erst im Wahllokal. Für künftige Wahlkämpfe bedeutet das einerseits, dass politische Akteure ihre Basis als StammwählerInnen frühzeitig binden und im Wahlkampffinale mobilisieren müssen.

Demgegenüber gibt es andererseits eine steigende Zahl von WechselwählerInnen, die für das Ergebnis entscheidend sein können. Parteien stehen demzufolge vor der

Quadratur des Kreises, sowohl ihre jeweiligen Kernschichten als auch die politische Mitte anzusprechen. Dies ist sowohl ressourcentechnisch als auch bei der Auswahl und Gestaltung von Botschaften praktisch unmöglich: Radikale Positionen für StammwählerInnen irritieren WechselwählerInnen, bei gemäßigten Standpunkten ist es umgekehrt, so dass ein Nullsummenspiel droht.

Nur in besonders emotionalisierten Ausnahmesituationen in Verbindung mit knappen Entscheidungen – siehe die Landtagswahlen in Kärnten und Salzburg – geht die Wahlbeteiligung nicht signifikant zurück. Auch internationale Vergleichsbeispiele zeigen, dass ein jahrelanger Prozess sinkender Beteiligung bestenfalls abgemildert, nicht aber gestoppt oder gar rückgängig gemacht werden kann. Parallel dazu werden WählerInnen durch Emotionen mobilisiert, was bei einer niedrigeren Wahlbeteiligung besonders wichtig ist. Negative Gefühle auszulösen, bietet zumindest teilweise bessere Wahlkampfchancen, als Positivbotschaften zu vermitteln.

Abschließend ist ergänzend zur Diskussion über die Negativspirale der FPÖ für die anderen drei Parteien im Nationalrat festzuhalten:

Die ÖVP erreichte in Städten bei regionalen und überregionalen Wahlen in Fortsetzung des bisherigen Trends vergleichsweise niedrige Stimmanteile. Mit Ausnahme der Nationalratswahl 2002 (30,7 Prozent) konnte die ÖVP etwa in der Bundeshauptstadt seit 1996 bei EU-, Nationalrats- und Gemeinderatswahlen nicht mehr als 20 Prozent der WählerInnen ansprechen. So läuft man offensichtlich Gefahr, einen entscheidenden Wettbewerbsnachteil aufzuweisen. Das gilt vor allem deshalb, weil die ÖVP bis 1986 immer Wiener Ergebnisse von über 30 Prozent verzeichnet hatte, erst danach durch den Aufschwung der FPÖ Stimmanteile verlor und sich trotz des Rückfalls der Freiheitlichen bisher nicht konsolidieren kann.

Umgekehrt könnte man jedoch argumentieren, dass die ÖVP zunächst ihre Basis im ländlichen und kleinstädtischen Bereich mobilisieren muss. Reicht dies für eine Mehrheit in den bevölkerungsreichen und umkämpften Ländern mit heterogenem WählerInnenmarkt – Niederösterreich, Oberösterreich und Steiermark sind sowohl für ÖVP als auch SPÖ zu gewinnen –, wird die ÖVP zum Wahlsieger, wenn sie bereit ist, den Preis in Wien zu bezahlen. Eine Zwei-Marken-Strategie in Wien und anderswo erscheint demgegenüber wenig realistisch.

Die SPÖ verzeichnete trotz aller Wahlerfolge im Jahr 2004 starke Schwankungen, die auch abgesehen vom Salzburger Erfolg zum Teil stärker als das übliche Gefälle zwischen traditionellen Hochburgen (wie in Wien) und Schwächen (wie in Westösterreich) waren. Bei der EU-Wahl erzielte sie etwa in Wiener Neustadt und Linz bessere Ergebnisse als in Wien. Hinzu kommt die sich nach dem Wahltag fortsetzende bzw. dramatisierende Schwäche der SPÖ in Kärnten. In nationalen Umfragen führte zwar meist die SPÖ in der (relativ bedeutungslosen) Sonntagsfrage für fiktive Nationalratswahlen, allerdings ohne auffallenden Vorsprung.

Die Grünen konkurrieren mittlerweile in allen Städten um den zweiten oder dritten Platz. In Wien erreichten sie bei der EU-Wahl erstmals Platz 2, weil sie zum ersten Mal sowohl die ÖVP als auch die FPÖ hinter sich lassen konnten. Ähnliche bzw. noch bessere Ergebnisse u. a. in Salzburg, Graz und Innsbruck unterstreichen die endgültige

und auch für kommunale Regierungsfunktionen geltende Etablierung der Partei in Städten. Für die Grünen war es außerdem wichtig, mit ihrem Landtagseinzug in Kärnten den letzten weißen Fleck auf der österreichischen Landkarte zu tilgen: Grüne sind nun in allen Landtagen vertreten und verfügen damit über eine zumindest minimal wettbewerbsfähige Landesorganisation. Das wird für die nächste Nationalratswahl zwar hilfreich sein, ein unmittelbarer Nutzen ergibt sich für die Partei in der Regel nicht. Ziel muss es sein, sich als Zünglein an der Waage zu profilieren, um – vom unpopulären Fall einer großen ÖVP-SPÖ-Koalition abgesehen – jedwede Mehrheit ohne die Grünen unmöglich zu machen.

Der wahlpolitische Erfolg oder Misserfolg wird jedoch immer weniger von der Positionierung der Partei als von ihren SpitzenkandidatInnen bestimmt. Als entscheidend haben sich folgende Kriterien erwiesen:

1. Authentizität: Politische Botschaft und SpitzenkandidatIn müssen kompatibel sein; ein Gegenbeispiel war Hans Kronberger (FPÖ), weil ein mehr oder minder überzeugter Europäer schwerlich ein authentischer Spitzenkandidat einer EU-skeptischen Partei sein kann;
2. Kommunikation nach der KISS-Formel (»keep it short and simple«) mit den Idealtypen Jörg Haider und Hans-Peter Martin;
3. Emotion, mit der Folge, dass »kühle Pragmatiker« wie Franz Schausberger, Peter Ambrozy oder Hannes Swoboda chancenlos waren bzw. sind;
4. Medien-Tauglichkeit unterschiedlichster Typen von Herbert Sausgruber bis Hans-Peter Martin.

All diese Kriterien eröffnen viele Spekulationsmöglichkeiten für die kommenden Landtags- und Nationalratswahlen.

Literatur

- Filzmaier, Peter (2004) *Politische Trends im Wahljahr 2003*. In: Khol, Andreas et al. (Hg.) *Österreichisches Jahrbuch für Politik 2003*. Wien/ München, 4–18.
- Filzmaier, Peter (2005a) *Campaigning and Media in Austria: Lessons of the »Hans-Peter Martin Phenomenon« from the European Parliamentary Elections*. In: Maier, Michaela/ Tenscher, Jens (eds.) *Campaigning for Europe. Parties, Campaigns, Mass Media and the European Parliamentary Elections 2004*. London (forthcoming).
- Filzmaier, Peter (2005b) *Das Wahljahr 2004 (Arbeitsstiel)*. In: Khol, Andreas et al. (Hg.) *Österreichisches Jahrbuch für Politik 2004*. Wien/ München (im Erscheinen).
- Filzmaier, Peter/ Hajek, Peter (2004a) *Das Kärntner Wahljahr 2004*. In: Anderwald, Karl et al. (Hg.) *Kärntner Jahrbuch für Politik 2004*. Klagenfurt, 9–40.
- Filzmaier, Peter/ Hajek, Peter (2004b) *Wien ist anders? Die Wahlen zum Europäischen Parlament 2004*. In: Häupl, Michael et al. (Hg.) *Wiener Jahrbuch für Politik*. Wien, 321–342.
- Hajek, Peter (2004) *Modernisierungskonflikte in der westlichen Gesellschaft: Neo-konservative/ Neoliberale Konzepte auf dem Vormarsch? Ein Vergleich zwischen US-Republikanern und FPÖ*. Dissertation am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien.
- OGM – Österreichische Gesellschaft für Marketing (2004) *Zeit im Bild-Wahltagsbefragung zu den österreichischen EU-Wahlen im Auftrag des ORF*, verfügbar unter: <http://www.ogm.at>.
- Plasser, Fritz/ Ulram, Peter A./ Seeber, Gilg (2003) *Erdrutschwahlen: Momentum, Motive und neue Muster im Wahlverhalten*. In: Plasser, Fritz/ Ulram, Peter A. (Hg.) *Wahlverhalten in Bewegung. Analysen zur Nationalratswahl 2002*.

- Wien (Schriftenreihe des Zentrums für angewandte Politikforschung, Bd. 28), 97–158.
- Plasser, Fritz/ Ulram, Peter A. (2004) *Analyse der Europawahl 2004. WählerInnen, NichtwählerInnen, Motive*. Wien, als Forschungsbericht verfügbar unter: <http://www.polimatrix.at>.
- Poier, Klaus (2004) *Nichtwählerstudie. Demokratiepolitische Aspekte, Ausmaß und Ursachen des Nichtwählens sowie mögliche Gegenstrategien mit besonderem Schwerpunkt auf Österreich und der Steiermark*. Forschungsbericht des Instituts für Öffentliches Recht und Politikwissenschaft der Universität Graz.
- SORA – Institute for Social Research and Analysis (2004) *WählerInnenstromanalysen*, als Datensammlung und Forschungsberichte verfügbar unter: <http://www.sora.at>.
- Kontakt: peter.filzmaier@uni-klu.ac.at
hajek@ogm.at